

Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und
Soziales
von Mittwoch, 12.07.2017,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:28 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Jens Marco Scherf.

Für den in der Zeit von 16:34 Uhr bis 17:45 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Frau Ingrid Ballmann
Frau Edeltraud Fecher
Herr Ulrich Frey
Frau Sabine Kettinger
Frau Hannelore Kreuzer
Herr Dr. Heinz Linduschka
Frau Karin Passow
Herr Engelbert Schmid
Herr Erich Stappel
Herr Karl Josef Ullrich
Frau Monika Wolf-Pleißmann
Frau Susanne Wörner
Herr Wolfgang Zöllner

bis 17:15 Uhr

Entschuldigt gefehlt haben:

Ausschussmitglieder

Herr Edwin Lieb

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Feil, Abt. 1	Juristische Sitzungsbegleitung
Frau Fleischmann, B 1.2	Geschäftsführung Kulturreferat
Frau Hörnig, UB 4	Revision
Frau Leiblein, UB 4	Revision
Frau Seidel, UB 1	Büro des Landrats – Kreisentwicklung
Herr Steinbart, B 1.2	Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring
Frau Zeug, B 1.2	Bildungskoordination für Neuzugewanderte
Frau Zipf-Heim, B 1.1	Schriftführerin

Ferner haben teilgenommen:

Frau Leuner

Künstlerische Leitung Kunstnetz

Vor Einstieg in die Tagesordnung weist Landrat Scherf darauf hin, dass der Landkreis Miltenberg nach erfolgreicher Bewerbung bei der Initiative „Bildungsregionen in Bayern“ das Siegel bereits im Jahre 2016 erhalten habe. Am 25. Juli 2017 um 14:30 Uhr in der Aula der Berufsschule Miltenberg-Obernburg am Standort Miltenberg bekommt der Landkreis Miltenberg aus den Händen von Staatssekretär Georg Eisenreich das Zertifikat „Bildungsregion Landkreis Miltenberg“ verliehen. Zur Information wird die Bewerbung zur Bildungsregion den Ausschussmitgliedern ausgehändigt.

Tagesordnung:

- 1 Bayerischer Integrationspreis 2017
- 2 Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring
- 3 Bildungskoordination von Neuzugewanderten
- 4 Bericht Schaeffler-Preis
- 5 Bericht Kunstnetz
- 6 Erhöhung Kulturhaushalt 2017 (Kunstnetz)
- 7 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Bayerischer Integrationspreis 2017

Landrat Scherf trägt vor, dass die Landkreisverwaltung zuletzt in der Sitzung des Kreis Ausschusses am 16.10.2016 über die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund als wichtiges Thema im Landratsamt Miltenberg informiert hat. Nachdem bereits 1985 der Ausländerbeirat als einer der ersten in Bayern auf Landkreisebene gegründet und mit gewählten Ausländern sowie Vertretern des Landratsamtes, von Behörden und Verbänden besetzt wurde, löste sich dieses Gremium Ende 2002 mangels Interesse von Ausländern als Kandidaten für eine weitere Wahlperiode auf. Mit Beschluss des Kreistages vom 16.12.2002 wurde als Nachfolgegremium der Integrationsbeirat des Landkreises Miltenberg zum 01.01.2003 ins Leben gerufen, aber auch hier gelang die Motivation zur Mitarbeit nicht, so dass der Integrationsbeirat Ende 2006 beendet wurde. Danach wurde eine Projektgruppe Integration im Landratsamt installiert, die regelmäßig tagte und u.a. den Leitfaden Interkulturelle Öffnung der Verwaltung erarbeitete.

Am 15.02.2016 fand ein Runder Tisch Asyl, unter Vorsitz von H. Landrat Scherf, im Landratsamt Miltenberg statt. Eingeladen waren Vertreterinnen und Vertreter der großen ausländischen Vereine sowie wichtige Verbände und Personen, die in der Integrations- und Migrationsarbeit tätig sind. Themen waren der Sachstand der Integration und Migration im Landkreis Miltenberg verbunden mit der Frage, ob aus dem Runden Tisch ein dauerhaftes Gremium entstehen sollte. Eine zweite Sitzung fand am 11.07.2016 statt. Dort trug Frau Mitra Sharifi Neystanak, die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer- Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns, zum Thema der Gründung eines Beirats vor. Die Mitglieder des Runden Tisches waren sich einig, dass der Runde Tisch als Integrations- und Migrationsbeirat verstetigt werden sollte. Auf eine Wahl der Mitglieder sollte zunächst verzichtet werden, gerade vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen im Landkreis Miltenberg.

Der Beirat soll die Integrationsarbeit im Landkreis Miltenberg vernetzen und eine Plattform des Austausches bilden. Die Integration von Personen mit Migrationshintergrund im Landkreis Miltenberg soll unterstützt und begleitet werden. In der dritten und vierten Sitzung wurde neben aktuellen Themen das Schwerpunktthema „Gefährdungen für unsere Kinder und Jugendlichen durch den salafistischen Terrorismus“ behandelt. Hierzu referierten und diskutierten die Mitglieder des Integrationsbeirates mit Experten, u.a. den Leitern der örtlichen Polizeiinspektionen, den Salafismus-Experten der Polizeidirektion Unterfranken sowie in der 4. Sitzung am 26.6.2017 mit Experten vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz sowie dem Bayerischen Netzwerk gegen Salafismus. Diese Sitzung dauerte aufgrund des großen Interesses fast drei Stunden.

Für die 5. Sitzung ist eine moderierte Klausurtagung zur Klärung der Interessen der Beteiligten und darauf aufbauend der thematischen Schwerpunktsetzung der zukünftigen Arbeit geplant.

Der Integrationsbeirat hat vor allem die Aufgabe der Information und Vernetzung. Von herausragender Bedeutung ist die Würdigung des bürgerschaftlichen Engagements im Bereich der Integration im Landkreis Miltenberg im Rahmen der Verleihung des Bayerischen Integrationspreises 2017: Bayerns Integrationsministerin Emilia Müller, Landtagspräsidentin Barbara Stamm und die Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Kerstin Schreyer haben am 20. Juni 2017 gemeinsam den Bayerischen Integrationspreis und den Bayerischen Asylpreis 2017 verliehen.

Träger des Bayerischen Integrationspreises 2017, der unter dem Motto "Empowerment für Frauen" stand, ist der Verein Frauen für Frauen e.V. mit Sitz in Erlenbach am Main. Er bietet Frauen seit 2013 vielfältige Unterstützung. Er unterstützt gezielt Frauen mit Migrationshintergrund bei der Lösung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Probleme. Die Vorsitzende

Nilüfer Aktürk und ihre Mitarbeiterinnen bieten hierfür maßgeschneiderte Treffs oder Workshops, wie etwa das Projekt „Starke Mütter – Starke Kinder“, eine „Mother School“ zur Gewaltprävention oder den Sprachtreff „Oma lernt Deutsch“, bei dem ältere zugewanderte Frauen es doch noch in Angriff nehmen können, die Sprache ihrer neuen Heimat zu lernen. Die Frauen bringen den Besucherinnen auch Fahrradfahren bei und zeigen ihnen Sehenswürdigkeiten – sie bringen sie auf ganzer Linie mit Miltenberg in Beziehung.

Integrationsbeauftragte Kerstin Schreyer betonte die Bedeutung der gezielten Förderung von Frauen in der Integrationsarbeit: "Es gibt viele Frauen, die aus anderen Kulturkreisen zu uns kommen und denen das Ankommen in unserer Gesellschaft erschwert wird. Der Integrationspreisträger 2017 "Frauen für Frauen e.V." gibt nachhaltige Hilfestellungen, welche zu selbstbestimmten Leben in Deutschland befähigen. Ich fordere aber weitere Anstrengungen in Politik und Gesellschaft, damit die Frauen, die zu uns kommen, lernen, mit unseren Regeln, Normen und Umgangsformen umzugehen und gleichzeitig Ihre Rechte, wie die Religionsfreiheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau einzufordern. Wenn wir Frauen erreichen gewinnen wir auch die Familien und die Communities, denen Sie angehören."

Für Bayerns Integrationsministerin Emilia Müller sind Frauen wichtige Multiplikatoren bei der Integration: "Wir wollen, dass zugewanderte Frauen ihre gleichberechtigte Stellung in unserer Gesellschaft kennen und hier selbstbewusst leben können. Diese Haltung geben sie dann auch an ihre Kinder und die gesamte Familie weiter. Der diesjährige Integrationspreisträger ist ein wunderbares Beispiel, wie Frauen mit Migrationshintergrund dabei unterstützt werden können. Neben der Integration ist aber auch die Stärkung der Frauen in den Heimatländern wichtig. Beispielsweises durch gute Bildungsmöglichkeiten vor Ort, für die sich auch der diesjährige Asylpreisträger in Tansania einsetzt. Denn durch Bildung erhalten die Frauen eine Perspektive für eine bessere Zukunft in ihrer Heimat."

Landtagspräsidentin Barbara Stamm lobte bei beiden Preisträgern den Einsatz für Frauen: "Frauen und Mädchen leiden oft besonders stark auf der Flucht, tragen schwere körperliche und seelische Verletzungen davon und stehen häufig unter großem Druck in ihrer neuen Lebensumgebung. Daher ist es besonders wichtig, dass bei der Bekämpfung der Fluchtursachen und bei der Integration auf Frauen und Mädchen ein besonderer Fokus gelegt wird. Wie das idealerweise aussieht, haben die beiden Preisträger eindrucksvoll bewiesen."

Der 2. Bürgermeister der Stadt Erlenbach, Werner Hillerich, die Landtagsabgeordneten Berthold Rüth und Dr. Hans-Jürgen Fahn, gratulierten gemeinsam mit Landrat Jens Marco Scherf persönlich vor Ort in Senatssaal den Preisträgerinnen.

Link zum Film der Verleihung:

<https://youtu.be/i6oTdcS00XA>

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring

Herr Steinbart berichtet über seine Arbeit anhand beiliegender Präsentation.

Dass die Sonderschulen bei der Schüler*innenbefragung auch erfasst werden, antwortet Herr Steinbart auf Nachfrage von Kreisrätin Wolf-Pleißmann.

Kreisrat Dr. Linduschka möchte wissen, was mit der abwertend und ausgrenzend klingenden Bezeichnung „Sanktionierte im SGBII-Bezug“ gemeint sei.

Weiterhin fragt er, ob es Bedenken gebe, wenn die datenschutzrechtlichen Bedenken im Rahmen der Schüler*innenbefragung durch das Ministerium geprüft werden.

Kreisrat Dr. Linduschka möchte von Herrn Steinbart zu den umfassenden Plänen einige Beispiele für positive Rückmeldungen hören.

Herr Steinbart antwortet, dass die Bezeichnung „Sanktionierte im SGBII-Bezug“ keinesfalls abwertend gemeint sei. Dies sei lediglich ein technischer Begriff. Wenn junge Menschen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes erhielten, seien sie im SGBII oder im HartzIV-Bezug. Wenn diese jungen Menschen z.B. Termine nicht einhielten oder Eingliederungsvereinbarungen nicht erfüllten, erfolgten Sanktionierungen, d.h. es würden Leistungen zum Lebensunterhalt gestrichen. Hier müsse man präventiv tätig werden. Dass diese Fallzahlen zurückgehen, sollte seines Erachtens auch ein Gradmesser für den Erfolg der Arbeit der Jugendberufsagentur sein.

Landrat Scherf ergänzt, dass dies ein präventiver Ansatz sei, Familien, Kinder oder Jugendliche, die im Bezug stünden, bei Problemen zu unterstützen. Dies sei der Kerngedanke der Jugendberufsagentur, dass man die zahlreichen Akteure vernetze, damit keine jungen Leute durchs Raster fallen.

Zur zweiten Frage antwortet Landrat Scherf, dass es keine besonderen Bedenken wegen der Prüfung durch das Kultusministerium in München gebe, sondern dass standardisiert jede Befragung von Schüler*innen durch München genehmigt werden müsse.

Herr Steinbart berichtet, dass das erste Gespräch zum Thema Berufsorientierung an weiterführenden Schulen sehr konstruktiv gewesen sei. Es gab konkrete Rückmeldungen, dass die Fachstelle die Schulen beim Aufbau eines Netzes außerschulischer Partner aus dem Bereich der Wirtschaft, Unterstützung von Veranstaltungsorganisation, z.B. Ermittlung von Referenten und Themen für Fachvorträge unterstützen könne.

Ergänzend sagt Landrat Scherf, dass die Gymnasien Bereitschaft zeigten, sich dem Feld zu öffnen, was auch der Bayerische Landkreistag im vergangenen Jahr sehr offensiv gefordert habe. Zum anderen gebe es aus Reihen der Wirtschaft das ganz große Interesse, die Berufsorientierung an den Gymnasien zu verstärken. Die IHK sei in diesem Bereich bereits mit ihren Ausbildungs-Scouts aktiv, da sie sehr großes Interesse habe, das Wissen und das Bewusstsein für die beruflichen Möglichkeiten schon in den 10. und 11. Klassen zu verstärken.

Herr Steinbart informiert, dass der Newsletter sehr erfolgreich sei. Verweise auf Angebote würden wahrgenommen werden.

Kreisrat Stappel unterstützt Herrn Steinbart in dem Bereich, dass die Wirtschaft, das Handwerk und der gesamte Mittelstand danach frage, junge Menschen an den Gymnasien, Realschulen, Mittelschulen zu unterstützen und aufzuzeigen, wo Wirtschaft hinführe und welche Chancen es gebe, in der Wirtschaft unterzukommen, um neue Berufsbilder zu erlernen. Hier öffne sich die Wirtschaft im Interesse der Facharbeiter. Dies sei die Mangelware Nr. 1 in Deutschland. Wenn man keine Facharbeiter in die Unternehmen bringe, werde die Wirtschaft darunter leiden, so dass das Qualitätsniveau, das das Aushängeschild in Deutschland sei, nicht erhalten werden könne. Es sei ganz wichtig, dass im Sinne der Jugendlichen und der Wirtschaft etwas getan werden müsse.

Herr Steinbart sagt, dass der Hintergrund der Feststellung sei, dass das Leitbild der Gymnasien, das hauptsächlich im Bereich Studienorientierung betreffe, nicht mehr ganz zeitgemäß sei, wenn man sich anschau, wie viele Abgänger in Ausbildungsberufe gehen. Man versu-

che gezielt, Angebote unterzubringen, die ergänzend zur Studienorientierung laufen. Man müsse allerdings auch sagen, dass zum Teil eine gewisse Skepsis in diesem Bereich bestehe.

Landrat Scherf fügt hinzu, dass es für Studierende ganz wichtig sei zu erfahren, welche beruflichen Möglichkeiten gerade im Landkreis Miltenberg bestünden.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3:

Bildungskoordination von Neuzugewanderten

Frau Zeug berichtet, dass aktuell über 1.500 anerkannte Geflüchtete und Asylbewerber im Landkreis (Stand: Juni 2017) leben. Die Arbeitsschwerpunkte der kommunalen Koordination „Bildung Neuzugewanderte“ lagen in den vergangenen drei Monaten darauf, mit der Umsetzung der geplanten Projekte für Neuzugewanderte zu beginnen, und fortlaufend Bedarfe von Geflüchteten hinsichtlich Bildung- und Beratung zu sammeln.

Folgende Projekte sind in Planung bzw. Umsetzung:

1.1 Durchführung der Veranstaltungsreihe „Mein Weg in Deutschland“ für Neuzugewanderte

Um auf den sehr hohen Bedarf an Information und Beratung zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt der neuzugewanderten Bürger zu reagieren, startete eine Veranstaltungsreihe im Mai 2017. Es werden die Themen duale Ausbildung, Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse, Studium an der Hochschule Aschaffenburg, das Flüchtlingsprogramm der Dualen Hochschule Mosbach und die Wirtschaftsregion Bayerischer Untermain präsentiert. Dolmetscherinnen für Arabisch und Farsi begleiten die Informationsreihe.

Die Veranstaltungen werden gut besucht. Die Maßnahme zeigt, dass es einen großen individuellen Orientierungsbedarf bzgl. Ausbildung und Arbeitsmarkt bei den Teilnehmern gibt. Insbesondere die Personengruppe aus dem ersten Sprachkurs im Landkreis, der mit dem Niveau B2 im August abschließen wird, sowie Teilnehmer aus dem Integrationskurs melden großen individuellen Beratungsbedarf hinsichtlich beruflicher Orientierung und Anerkennung von Qualifikationen an. Auf Wunsch der Teilnehmer wird die Veranstaltungsreihe nach den Sommerferien weitergeführt werden.

⇒ *Die Auswertung der Veranstaltungsreihe zeigt, dass eine Fortführung sinnvoll ist und überlegt werden sollte, wie individuelle Beratungsangebote hinsichtlich Ausbildung und Beruf bei Neuzugewanderten im LKR weiter optimiert werden könnten.*

1.2 Erstellung einer Wegweiser-Webseite für Neuzugewanderte

Eine mehrsprachige Webseite zu Bildung im Landkreis Miltenberg wird aktuell auf dem Landratsamt-Portal aufgebaut. Eine Unterseite dient als „Wegweiser“ für Neuzugewanderte. Bildungsakteure und Bildungsangebote werden beschrieben und Links zu entsprechenden Webseiten aufgezeigt. Neuzugewanderte werden über Multiplikatoren, wie z. B. Asylsozial-, Migrationsberatung, Sprachkursanbieter, Jobcenter und Arbeitsagentur auf die Webseite aufmerksam gemacht werden. Der Webauftritt soll mehrsprachig umgesetzt werden. Erste Bausteine der Webseite wurden erstellt.

⇒ *Die Webseite schafft Transparenz über vor Ort tätige Bildungsakteure sowie vorhandene Bildungs- und Beratungsangebote*

1.3 Kompetenzerhebung von Neuzugewanderten

Der Landkreis strebt die Schaffung eines einheitlichen Verfahrens zur Kompetenzerhebung von Neuzugewanderten an. Im ersten Schritt werden „best practice“ Beispiele der Kompetenzerhebung recherchiert. Zusätzlich werden von der Bildungskoordination migrationspezifische Verfahren der individuellen Kompetenzfeststellung des IQ Netzwerk Bayern mit einer Gruppe Neuzugewanderter pilothaft getestet. Ziel ist es, auf den hohen Beratungsbedarf bei Geflüchteten zu reagieren und mit den Teilnehmenden individuell zu analysieren, wie die nächsten geeigneten Schritte beim Übergang vom Spracherwerb in Ausbildung und Arbeitsmarkt aussehen könnten. Die Ergebnisse der Auswertung der getesteten Verfahren soll ausgewählten Netzwerkpartnern im Anschluss präsentiert werden, um gemeinsam den Prozess der Etablierung geeigneter Verfahren bzgl. Ausbildung, Schullaufbahn, Beruf für den Landkreis anzustoßen.

- ⇒ *Pilothafte Durchführung einer individuellen Kompetenzerhebung unterstützt Neuzugewanderte bei der beruflichen Orientierung*
- ⇒ *Handlungsempfehlungen für die Entwicklung eines einheitlichen landkreisweiten Verfahrens werden abgeleitet*

Kreisrätin Wolf-Pleißmann fragt nach, ob auf der Homepage der Namen einer Ansprechpartner*in genannt werde, wenn persönliche Fragen auftauchen.

Frau Zeug antwortet, dass Verweise auf verschiedene Beratungsstellen geplant seien.

Kreisrat Dr. Linduschka fragt nach, ob für Betroffene die Sprache in Bezug auf die Webseite eine große Hürde darstelle, sich dort zu informieren. Er möchte wissen, ob es eine Möglichkeit auf der Webseite gebe, um dies zu erleichtern.

Kreisrat Dr. Linduschka bemerkt, dass es bundes- oder landesweit keine vergleichbaren Untersuchungen gebe zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse oder Qualifikationen. Jemand wie Frau Zeug vor Ort oder andere, die diese Kosten hätten, würden eigentlich eine Basisarbeit machen, die zur Information weitergereicht werde und dann zu solchen Ergebnissen führen könne, auf die andere aufbauen können.

Frau Zeug antwortet, dass die Mehrsprachigkeit von Anfang an ein Thema war. Wenn die Webseite auf Deutsch fertiggestellt sei, werde sie in verschiedene Sprachen übersetzt werden.

Bezüglich angewandter Forschung in dem Bereich sagt Frau Zeug, dass es natürlich Forschungen in dem Bereich Anerkennung ausländischer Qualifikationen gebe. Auch viele Großstädte, die schon seit Dekaden mit einem großen Migrantenanteil leben, hätten auch zum Teil schon angewandte Instrumentarien entwickelt. Aber gerade für den ländlichen Raum sei es eine Herausforderung und man könne nicht 1:1 Dinge von der Stadt aufs Land übertragen. Sie versuche, sehr viel an Informationen zusammenzutragen. Wenn sie ein Zeugnis vorgelegt bekomme, was auf Deutsch beglaubigt übersetzt sei, sei sie auch in der Lage, eine Einschätzung zu geben, wo sie so eine Person hin verweisen könne. In ihrer Funktion habe sie allerdings keine Sprechstunde, weil das Förderprogramm das so nicht zulasse. Sie verweise dann an Beratungsstellen, die recht weit seien, nämlich in Aschaffenburg, die aber zum Teil auch sehr ressourceneng begrenzt seien.

Kreisrätin Fecher möchte wissen, wie weit die Auswertung der Erfassung der ausländischen Bildungsabschlüsse und Kompetenzen sei.

Frau Zeug gibt zur Antwort, dass es gerade bei den Ausbildungsberufen übergeordnete Stellen der Kammern gebe, die die Gleichwertigkeit feststellen können. Durch das Anerkennungsgesetz von Qualifikationen, das es seit 2012 in Deutschland gibt, gebe es das Recht, seine Qualifikation anerkennen zu lassen. Der Weg sei allerdings weit, und das Verfahren sei sehr aufwändig.

Kreisrätin Kreuzer fragt, wie man die Analphabeten stärken könne, weil die mit der Webseite nichts anfangen könnten.

Frau Zeug sagt, dass es durch die politische Lage unterschiedliche Bewertungen gebe auf Bleibeperspektive und dementsprechend Aufenthaltssituation von Menschen. Strukturell gebe es für die, die anerkannt seien oder mit hoher Bleibeperspektive Möglichkeiten, die staatlich vorgesehen seien, z.B. Alphabetisierungskurse, die seit 2017 auch im Landkreis Miltenberg angeboten würden. Die Personen, die im Verfahren stünden oder eine schlechte Bleibeperspektive hätten, könnten sich ehrenamtlich weiterbilden. Es gebe viele ganz engagierte, fast schon ehrenamtliche Schulen, aber auch in fast jedem Helferkreis im Landkreis gebe es auch ehrenamtlichen Sprachunterricht.

Landrat Scherf fügt hinzu, dass sich im Frühjahr die Bayerische IHK ganz massiv eingesetzt und beim Bayerischen Innenministerium enormen Druck ausgeübt habe, dass sich die Haltung gegenüber dem Herkunftsland Afghanistan ändert.

Kreisrat Frey fragt nach Möglichkeiten, bei dieser schwierigen Aufgabe auf bereits integrierte Personen mit arabischem Sprachhintergrund oder kulturellem Hintergrund zurückzugreifen, die behilflich sein könnten.

Frau Zeug antwortet, dass das eine sehr gute und wichtige Idee sei. Von ihrer her sei sie aber keine Integrationsberaterin. Der Vorschlag sei allerdings ein sehr guter Impuls, wo sie darüber nachdenken würde, ob man daraus etwas entwickeln könnte oder solche Ehrenamtler gezielt versuche, anzusprechen.

Landrat Scherf ergänzt, dass es viele Aufgabenbereiche gebe, aber nicht alle vom Landkreis abgedeckt werden könnten.

Kreisrat Stappel sieht die Arbeit von Frau Zeug für die Zukunft sehr positiv. Er geht davon aus, dass die Bewertungskriterien der Handwerkskammer in der Zukunft so sein werden, dass diese Leute, die ihre Anerkennung des Berufes fordern, sich bei der Kammer einigen Bewertungskriterien unterwerfen müssen. Die Leute der Kammer versuchen alles, diese Menschen einzubinden, weil der Facharbeitermangel noch nie so groß war. Er betont, dass die Kammern alles tun, um diese Menschen in die Wirtschaft einzubinden. Er geht davon aus, dass bei den Bewertungskriterien die deutsche Sprache mit das wichtigste Instrument von allem ist. Ohne die Sprache wird man keinen Erfolg haben. Das müsste man auch den Leuten nahelegen, dass wenn sie sich der Sache stellen, dann sollen sie bitte so freundlich sein und erst einmal Deutsch lernen. Dann hätten sie eine riesen Chance auf Einbindung und Anerkennung.

Landrat Scherf stimmt Kreisrat Stappel zu, dass Sprache das A und O sei. Insgesamt wäre es sehr wünschenswert, wenn man für die Flüchtlinge aus Afghanistan eine vernünftige Rechtsgrundlage hätte, dass sie hier auch die Möglichkeiten hätten, um diesen Weg auch so gehen zu können. Er möchte positiv unterstreichen, was die Handwerkskammern und die Industrie- und Handelskammern in Bayern im Großen leisten. Es sei, runtergebrochen auf die einzelnen sowohl Handwerks-, Handels- und Industriegebiete, vorbildlich, wie dieses Thema angepackt werde. Dies sei eine große Unterstützung.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4:

Bericht Schaefer-Preis

Landrat Scherf leitet den Tagesordnungspunkt mit folgenden Worten ein.

„Werte Kolleginnen und Kollegen,

wenn ich zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 6 überleite, möchte ich betonen, dass sich gleich drei Tagesordnungspunkte mit der kulturellen Kinder- und Jugendförderung befassen. Diesen Schwerpunkt haben wir gemeinsam im Rahmen des von mir dem Kreistag vorgeschlagenen **Zielvereinbarungsprozesses 2015/2016** so ermittelt und festgelegt. Fundamentaler Schwerpunkt der Kulturarbeit des Landkreises Miltenberg sind neben dem Kulturwochenherbst mit der Beachtung besonderer Zielgruppen die Angebote für Kinder- und Jugendliche, ich nenne hier u.a.

- den **Jugendkulturpreis**, zuletzt mit einem herausragenden Preisträgerkonzert am Sonntag vor 8 Tagen mit dem neu geschaffenen Jurypreis für herausragende Leistungen (in 5 der 8 Kategorien verliehen)
- den **Schaeferpreis** in enger Verbindung mit der Kunstausstellung im Rahmen des Kulturwochenherbstes und den Aktiven Führungen; sowohl zur Ausstellung in der Kochsmühle als auch zu den jährlichen Preisverleihungen in Eschau im Kanaa-Haus kann ich Sie nur zum Kommen und Erleben ermuntern;
- und zum dritten selbstverständlich das herausragende Angebot des Landkreises Miltenberg in Form des **Kunstnetzes**.

Im Tagesordnungspunkt 4 geht es nun um eine Anpassung bzw. Weiterentwicklung der Basis des Schaefer-Preises, da dieser neben dem großen Engagement unserer Künstlerinnen und Künstler auf der engen Verbundenheit des Künstlers Fritz Schaefer mit seiner Heimatgemeinde Eschau und seines Enkels Christoph Schaefer bzw dessen Witwe Andrea Schaefer beruht.

Die Leiterin des Kulturreferats wird uns hier nun über die aktuellen Entwicklungen informieren!“

Frau Fleischmann berichtet, dass Fritz Schaefer, deutscher Maler und Grafiker des Expressionismus, am 31.12.1888 in Eschau geboren wurde und am 24.04.1954 in Köln verstarb.

Zu Ehren des Künstlers Fritz Schaefer hat dessen Enkel Christoph Schaefer 2007 den Fritz-Schaefer-Preis ins Leben gerufen. Im Jahr 2008 wurden das erste Mal graphische Arbeiten an Kinder vergeben, die an der Ausstellung im Rahmen des Kulturwochenherbstes 2007 teilgenommen hatten. Seitdem wird dieser Preis jährlich an die jüngsten Künstlerinnen und Künstler des Landkreises Miltenberg vergeben. Die ersten drei Preisträger erhalten jeweils eine graphische Arbeit des Künstlers Fritz Schaefer.

Der Witwe Christoph Schaefers, Andrea Schaefer, liegt sehr daran, dass der Landkreis Miltenberg die Tradition des Schaefer-Preises fortführt und damit das Andenken an Fritz Schaefer wachhält. Zu diesem Zweck sollen dem Landkreis 802 Nachlassdrucke dauerhaft und kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Lediglich Kosten für den Transport der Drucke von Köln nach Miltenberg, eine Versicherung in Höhe von ca. 200 € jährlich und Reise- und Übernachtungskosten für Andrea Schaefer anlässlich der Preisverleihung in Höhe von bis zu 300 € jährlich fallen für den Landkreis an.

Der Schaefer-Preis kann in Absprache mit Frau Schaefer oder ihrem Rechtsnachfolger zeitgemäß angepasst werden. Der Vertrag kann jederzeit von beiden Parteien beendet werden. Die verbleibenden Werke sind dann an Frau Schaefer oder ihren Rechtsnachfolger zurückzugeben.

Kreisrätin Passow betont, dass der Schaefer-Preis ein besonders wertvolles Projekt sei. Sie unterstütze dessen Beibehaltung. Der Schaefer-Preis solle auch weiterhin den würdevollen Rahmen behalten.

Kreisrat Dr. Linduschka sagt, dass der Vertrag gut sei. Es sei von der Witwe von Herrn Schaefer sehr großzügig.

Kreisrätin Wolf-Pleißmann stimmt ihren Vorredern zu. Sie möchte wissen, ob klimatisierte Räume zur Lagerung der Bilder nötig seien.

Frau Fleischmann antwortet, dass die Lagerung noch endgültig geklärt werden müsse.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5:

Bericht Kunstnetz

Landrat Scherf erwähnt, dass im Rahmen des von ihm dem Kreistag vorgeschlagenen **Zielvereinbarungsprozesses 2015/2016** unter Beteiligung des Ausschusses als fundamentaler Schwerpunkt der Kulturarbeit des Landkreises Miltenberg die Angebote für Kinder- und Jugendliche ermittelt wurden.

Grund dieses Zielvereinbarungsprozesses sei es unter anderem gewesen, die inhaltliche Arbeit des Kulturreferats enger zu verzahnen mit dem Kreistag, besonders in Form des Ausschusses für BKS. Aus diesem Grund erhalte der Ausschuss seit 2014 jährlich hier einen Bericht über die Schwerpunkte des Programms des Kulturreferats, und wie man eben am Schaeferpreis sehen konnte, entwickelt das Kulturreferat Bewährtes weiter – in enger Verzahnung mit dem Kreistag.

In diesem TOP gehe es nun zunächst um die inhaltliche Arbeit des Kunstnetzes, also um das Angebot der Projekte zur künstlerischen Förderung der Kinder und Jugendlichen in enger Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstlern aus dem Landkreis Miltenberg.

Hierzu begrüßt Landrat Scherf neben der Geschäftsführerin des Kunstnetzes des Landkreises Miltenberg, Frau Fleischmann, die künstlerische Leiterin Frau Leuner.

Frau Leuner werde dem Ausschuss nun sowohl die Schwerpunkte des vergangenen als auch des aktuellen Jahresprogramms vorstellen, damit er ein Bild bekomme von der Vielfalt und herausragenden Qualität des Angebots des Kunstnetzes.

Im TOP 6 werde der Ausschuss von der Verwaltung einen Einblick in die aktuelle Darstellung im Kreishaushalt erhalten inklusive der sich daraus ergebenden Handlungsnotwendigkeiten und Optionen.

Zu Fragen der rechtlichen Struktur werde man anschließend in nicht-öffentlicher Sitzung beraten, da hier Grundlage eine umfassende Analyse des Rechnungsprüfungsausschusses mit entsprechenden Handlungsempfehlungen und Optionen sei. Hierbei gehe es aber weder um die inhaltliche Ausrichtung der Arbeit des Kunstnetzes oder um die politische Entscheidung bezüglich der finanziellen Mittel im Haushalt, sondern um strukturelle Fragen hinsichtlich der Verwendung von Fördermitteln des Bezirks Unterfranken sowie von Haushaltsmitteln des Landkreises Miltenberg.

Frau Leuner zeigt einen Ausschnitt des Films über die Kunstgrundschule Großheubach und berichtet anhand beiliegender Präsentation über die Projekte des Kunstnetzes.

Weitere Stichpunkte stellt Frau Leuner an der Flipchart vor.

Das Kunstnetz laufe unter anderem so erfolgreich, sei, weil die Künstler*innen mit Werten arbeiteten. Das Kunstnetz vertrete kontinuierlich über 17 Jahre hinweg Verlässlichkeit, Offenheit, Achtsamkeit, Wertschätzung, Kreativität, Nachhaltigkeit und Verantwortung. Und das Ganze mit großer Freude und Identifikation. Genau da hole man die Kinder und Jugendlichen, aber auch die Betreuer, Erzieher und Lehrer ab.

In den 17 Jahren sei das Kunstnetz zu einer Marke geworden. Die Aufgabe sei das Heranführen von Kindern und Jugendlichen, und auch von Erwachsenen an die Kunst. Es gehe dem Kunstnetz um das Entdecken des kreativen Potentials durch Tun und gemeinsames Erleben. Das Ganze verstehe man als Förderung von Kunst und Kultur und als Förderung der künstlerischen und ästhetischen Bildung. Genau so möchte das Kunstnetz auch weiter arbeiten.

Zurzeit stelle sich dem Kunstnetz die Frage, welche inhaltlichen Ziele das Landratsamt für das Kunstnetz sehe. Die Künstler*innen hätten sich in einem Workshop Gedanken über ihre Vision gemacht, wobei man sich erst einmal auf fünf Jahre begrenzt hätte. Mittelpunkt seien nach wie vor die Kinder und Jugendlichen, Kunst an Schulen, Kindergärten und Sondereinrichtungen, integrative Projekte wie Kunst mit Asylsuchenden und Ausstellungen.

Man könne sich vorstellen, das Ganze auf Partnerstädte der jeweiligen Städte und Gemeinden auszudehnen. Im Ausland wären die Kunstschulen sehr viel besser vertreten und würden gleichwertig wie z.B. Musikschulen behandelt.

Ein weiterer interessanter Aspekt sei es, mit dem Kunstnetz auf die internationale Ebene zu gehen. Das Team wolle das Kunstnetz über den Landkreis hinaus ausdehnen. Dazu sei der momentane allerdings zu klein. Man wolle das Ganze aufstocken und nach neuen Künstlern schauen. Dann könne man weitere interessante Projekte gestalten und eventuell auch neue Techniken anbieten. Neue Künstler hätten neue kreative Energien.

Was dem Kunstnetz auch vorschwebte, sei, die gezielte künstlerische Arbeit mit den Jugendlichen auszubauen, hier insbesondere die berufspraktischen Projekte. Seit 2014 biete das Kunstnetz den Kompetenznachweis Kultur (KNK) an. Das seien Kunstnetzprojekte, bei denen Jugendliche einen Kompetenzzertifikat machen könnten, wo über das Kunstprojekt ein persönlicher Reifeprozess angeregt werde. Der KNK werde inzwischen auch bundesweit durchgeführt. Er kann an Kunstschulen, Theaterschulen und Musikschulen gemacht werden von Pädagogen, die diese Zusatzausbildung hätten. Im Kunstnetzteam seien Künstler*innen, die interessiert sind, diese Zusatzausbildung zu machen, damit das Kunstnetz den KNK noch mehr anbieten könne. Man möchte auch gerne damit an Mittelschulen und an Realschulen und Gymnasien gehen und das Ganze ausweiten.

Es heiße immer, das Kunstnetz sei nur für Kinder und Jugendliche zuständig, aber im Grunde habe das Team dabei schon Erwachsenenbildung gemacht, nämlich in Form von Lehrerfortbildungen und Erzieherfortbildungen. Auch habe man die Eltern mit ins Boot genommen. Die Künstler*innen seien schon so oft angesprochen worden, warum man nicht einen Workshop für Eltern anbiete. Es wäre toll, wenn das Kunstnetz dahingehend mehr machen könnte. Der Wunsch sei da. Durch dieses praktische Tun bekämen die Kinder noch einmal mehr Unterstützung, wenn die Eltern selbst diese Erfahrung auch gemacht hätten. Nur das, was man selber authentisch erlebt hätte, könne man beurteilen.

Das Kunstnetz habe auch schon Workshops mit Auszubildenden in Firmen durchgeführt, damit diese mal in einen ganz anderen Bereich geführt würden. Diese Kurse seien sehr erfolgreich gewesen. Die Firmen wären sehr beeindruckt gewesen, was sich an Möglichkeiten für die Teambildung erschließe, oder einfach auch von der Konfrontation der Jugendlichen mit völlig untypischen Aufgaben. Das Team könne sich vorstellen, auch mit den Ausbildern zu arbeiten.

Generationsübergreifende Projekte habe das Kunstnetz auch schon durchgeführt. Dies könne man auch ausbauen.

Um das Ganze für das Kunstnetz klarer zu gestalten, habe man sich überlegt, was man dazu bräuchte. Das Materiallager. Man brauche einen Ansprechpartner in der Verwaltung, natürlich auch die Finanzabwicklung, aber für das Kunstnetz sei auch sehr wichtig, das Miteinander, die Rückendeckung, die sie 17 Jahre erhalten hätten. Das Kunstnetz habe sich nur so entwickeln können, weil es ein gutes Miteinander gewesen sei. Es sei ein Austausch auf Augenhöhe gewesen. Von der Politik brauche man das Vertrauen in die Fähigkeiten der Künstler*innen. Frau Leuner ist der Meinung, dass das Kunstnetz 17 Jahre bewiesen habe, was man könne. Der Erfolg gebe ihnen recht, deswegen bitte das Team um entsprechende Geldmittel, damit das Ganze weitergehen könne.

Der Beitrag des Kunstnetzteams zu dieser Vision seien Workshops, Projektarbeit, passender Arbeitsumfang, das Engagement und seine Energie. Es sollen alle Landkreisschulen erreicht werden, Partnerstädte usw. Das Kunstnetz sei bereit, weiterhin seinen Einsatz zu bringen, seine Energie zu bündeln und zu schauen, wohin der Weg führen könne. Man wolle mit den Kindern weiter arbeiten.

Die Frage sei jetzt nach den Strukturen. Für das Kunstnetz sei der Kernpunkt die Kinder. Die Künstler*innen hätten das große Anliegen, dass der Fokus wieder hin zur Kunst geht. Im Moment hätten sie den Eindruck, dass der Fokus zur Verwaltung gehe. Kunst lasse sich aber nicht verwalten. Die beiden Strukturen, die vorgeschlagen worden seien, entsprächen nicht dem, was sich das Kunstnetz erhoffe. Das Team ist sich einig, dass es unter den vorgeschlagenen Strukturen so nicht weiterarbeiten könne und bitte deshalb um den Erhalt der Strukturen, wie sie seit 17 Jahren funktioniert hätten.

Landrat Scherf betont, dass sich der Bildungsausschuss inklusive des Kreistags insgesamt seit drei Jahren sehr intensiv mit der Kulturarbeit beschäftige. Die inhaltliche und praktische Qualität des Kunstnetzes sei vollkommen unstrittig. Die Förderung von Kindern und Jugendlichen und die Unterstützung des Kunstnetzes als ganz wichtiger Baustein sei immer der politische Wille dieses Ausschusses und des Kreistages gewesen.

Die Verwaltung und auch der Ausschuss beschäftige sich jetzt allerdings damit, die Grundlage dafür zu schaffen, was der Wunsch des Kunstnetzes sei, nämlich ausreichend Geld für die bestehenden Projekte zu bekommen und auch, was aber die praktische Arbeit überhaupt nicht belasten müsse, dass man rechtlich sichere und verlässliche Strukturen für die Verwendung öffentlicher Mittel habe. Es würden hier Fördermittel des Bezirkes Unterfranken verwendet. Dafür müsse man Nachweise liefern. Weiterhin würden auch Mittel aus dem Kreishaushalt verwendet. Man müsse die inhaltliche praktische Arbeit klar von dem Auftrag der Verwaltung trennen. In der Herbstsitzung 2016 des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales sei es der Wunsch gewesen, dass man ausreichend Geld für die Arbeit des Kunstnetzes zur Verfügung stellen solle, bzw. auch mehr, wenn die Finanzmittel nicht ausreichen würden. Die Grundlage hierfür wäre z.B. vom Verfahren her, dass das Kunstnetz in der Herbstsitzung dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales das Programm des kommenden Jahres vorstelle, damit dieser das zustimmend zur Kenntnis nehme und als Fachausschuss einen Empfehlungsbeschluss für die Haushaltsberatungen fasse. Dies wäre für die Haushaltsberatung der Vorschlag der Verwaltung.

Kreisrat Dr. Linduschka betont, dass das Kunstnetz ein echtes Aushängeschild sei, mindestens bayernweit.

Es sei ihm wichtig zu sagen, dass nicht der Eindruck entstehen dürfe, dass in den letzten 17 Jahren, weitgehend unter dem damaligen Landrat Roland Schwing, Dinge gelaufen seien, die nicht rechtlich einwandfrei seien. Dies betreffe auch die Zuschüsse des Bezirkes. Er glaube nicht, dass Roland Schwing über 15 Jahre hinweg fragwürdige Sachen gemacht habe. Herr

Schwing habe damals die kluge Entscheidung getroffen, Gabriele Schmidt als Kulturreferentin einzusetzen. Herr Schwing habe gemerkt, dass Frau Schmidt einen wahnsinnigen Elan habe, Kunst und Kultur sowie die Leute, die das machen, liebe. Er habe Frau Schmidt, zusammen mit Ihren Künstler*innen, möglichst freie Hand gegeben. Dies sei eines der zentralen Gründe, warum es in den letzten Jahren so gut gelaufen sei. Man müsse den Künstler*innen die Möglichkeit geben, kreativ zu arbeiten. Er wisse, dass Richtlinien eingehalten werden müssten, aber man müsse sehen, dass diese Richtlinien so angewandt würden, dass der individuelle Freiraum möglichst wenig beschnitten werde. Es gehe um Kunst und Kreativität. Bürokratie sei auch wichtig, aber dies solle eine dienende Seite, nicht die vorherrschende sein.

Man dürfe nicht vergessen, dass in dem ganzen Bereich trotz der Bezahlung immer noch eine große Anzahl ehrenamtlicher Arbeit geleistet werde, seiner Erfahrung nach alles in allem mindestens 50%. Man dürfe die Ehrenamtlichen nicht vergrätzen, und man müsse die Wertschätzung auch in der praktischen Arbeit und im Miteinander deutlich werden lassen. Es müsse sensibel gemacht werden.

Landrat Scherf ist sehr irritiert darüber, dass Kreisrat Dr. Linduschka der erste sei, der öffentlich ein mögliches rechtliches Fehlverhalten seines Vorgängers in den Raum stelle. Darum gehe es in keiner Weise und stehe hier überhaupt nicht zur Debatte. Die Aufgabe der Verwaltung sei, vom Standpunkt des Jahres 2017 aus, korrekte Abläufe zu schaffen. Davon müsse der einzelne Künstler*in, übrigens zum Schutz seiner Arbeit, überhaupt nichts mitbekommen. Der Auftrag im Herbst sei gewesen, dass ausreichend Mittel für die Arbeit des Kunstnetzes zur Verfügung stehen. Dies wollten auch alle tun. Er wiederholt sein Angebot, das Programm im Herbst im Kulturausschuss vorzustellen, damit ein Empfehlungsbeschluss gefasst werde, um es in die Haushaltsberatung aufnehmen zu können.

Frau Leuner beanstandet, dass das Ganze schwierig werde, so wie sich das auch aufgeteilt habe jetzt bei der Besprechung, wann sich der Ausschuss oder der Kreistag treffe. Man wisse ja, dass im Oktober beim Bezirk die Projekte schon eingereicht werden müssen. Ihrer Meinung nach habe das ziemlich kollidiert, mit dem Bezirk und bis wann das Kunstnetz die Projekte ausgearbeitet haben solle. Die Künstler wüssten dieses Jahr noch gar nicht, was abgehe. Normalerweise würde das im Juni rausgeschickt werden. Es hätte bis jetzt noch keiner Infos zur Projekteinreichung bekommen.

Frau Fleischmann erklärt, dass die Projektanträge noch nicht rausgeschickt werden konnten, weil heute in der nichtöffentlichen Sitzung über die neuen Strukturen des Kunstnetzes beschlossen werde. An den Antragsfristen werde sich weniger ändern, als es sich anhöre. Der Antrag beim Bezirk müsse weiterhin so laufen wie bisher. Das Kulturreferat habe sich Gedanken gemacht, wie es zukünftig funktionieren könne, dass hier im Ausschuss über die Projekte berichtet werde. Ergebnis der Überlegungen sei, dass die Ausschusssitzungen nach vorne gezogen werden und direkt nach der Sommerpause stattfinden müssten. Dann wäre es möglich, die Projekte, die Zahlen und den Bericht hier im Ausschuss vorzubringen. Dann würden die Ausschussmitglieder auch die Inhalte der Projekte kennen und einen Empfehlungsbeschluss fassen könne, der dann in die Haushaltsdebatte gehe. Mit diesem Beschluss und der Zustimmung zu den Projekten und Kosten gehe das Ganze an den Bezirk mit einem Antrag auf Unterstützung, so wie es die Jahre vorher auch gelaufen sei.

Kreisrätin Wolf-Pleißmann sagt, dass der Kreistag gerne beschließen möchte, es aber einen Bürgermeister gebe, der, was freiwillige Ausgaben anbelangt, den Kreistag hindere. Er könnte seine Klage zurückziehen, dann wäre der Kreistag vielleicht etwas ungehemmter in manchen Ausgaben.

Dass das Kunstnetz ein ästhetischer Prozess ist, sei wunderbar. Sie kritisiert allerdings, dass sich das Bildungsministerium aus vielen Dingen zurückziehe. Eigentlich wäre es auch Aufgabe des Kultusministeriums, Kunst, Sport und solche Dinge mehr zu fördern und nicht alles auf die Kommunen abzuwälzen.

Landrat Scherf sagt, dass es zwar richtig sei, dass der Landkreis unter Klage wegen der freiwilligen Leistungen stehe, er würde aber im Fall der Förderung von Kindern und Jugendlichen ganz mutig sein und sich in diesem Bereich nicht erschrecken lassen.

Wenn man die intensive Arbeit im Ganztags schulbereich sehe, stelle sich rein grundsätzlich schon die Frage, was der Freistaat Bayern dahingehend leisten müsse.

Kreisrätin Passow fragt, was Landrat Scherf mit korrekten Abläufen meint. Es sei eine Aussage, die leicht missverstanden werden könne.

Landrat Scherf antwortet, dass darauf genau im nichtöffentlichen Teil der Sitzung eingegangen werde. Vergangene Woche hätten die Kreisrät*innen die Möglichkeit gehabt, in den aktuellen Rechnungsprüfungsbericht zu schauen. Hier gehe es um die die Verwendung von Geld aus dem Haushalt, wofür man grundsätzlich Beschlüsse benötige. Die Verwaltung müsse nun nachholen, Satzungen bzw. Richtlinien festzusetzen.

Kreisrat Dr. Linduschka sagt, dass Landrat Scherf in seiner Antwort den Eindruck erweckt habe, dass seine Bemerkungen über die Vergangenheit völlig unberechtigt gewesen wären. Wenn Landrat Scherf jetzt aber mehrfach davon spreche, dass korrekte Abläufe geschaffen werden müssten, dann könne sich jeder ausrechnen, dass es in der Vergangenheit nicht so korrekt gelaufen sein könne. Über die Ausgestaltungen werde man reden, das sei richtig, aber ihn störe, dass der Eindruck entstanden sei, man müsse ein relativ großes Reglement und eine größere Änderung machen, denn darin sehe er keinen Sinn. Er verstehe immer noch nicht, worin der Hauptgrund liege, solche bewährten Strukturen zunächst einmal in Frage zu stellen.

Er regt an, wenn die Arbeit des Kunstnetzes auf die nächsten zwei Jahrzehnte festgelegt werden solle, dass interessierte Mitglieder des Bildungsausschusses zusammen mit Vertretern des Kunstnetzes in einigen Sitzungen ein paar Arbeitsgrundlagen besprechen würden, sonst käme man nicht zu einem ordentlichen Ergebnis.

Landrat Scherf betont, er trage die Verantwortung und stellt fest, dass es aufgrund dessen, was der Rechnungsprüfungsausschuss, der vom Kreistag legitimiert ist, festgestellt habe, Handlungsbedarf gebe. Landrat Scherf äußere sich zu diesem Handlungsbedarf nur ab dem Zeitpunkt ohne zurückzublicken und sage, dass man eine Verantwortung habe und nach vorne blicke.

Es gebe verschiedene Möglichkeiten, das Kunstnetz zu strukturieren, wobei man immer gesagt habe, dass nichts gegen den Willen der Betroffenen getan werde. Man müsse es nicht negativ sehen, dass es verschiedene Möglichkeiten der Weiterentwicklung gebe.

Die Idee eines runden Tisches von Kreisrat Dr. Linduschka findet Landrat Scherf spannend. Er würde es in Richtung eines begleitenden Beirats sehen, worüber man gerne sprechen könne.

Kreisrat Stappel bedankt sich bei Landrat Scherf, dass er in der Diskussion die Vergangenheit abgewiesen und die Entscheidung für die Zukunft unterstützt habe. Das Kunstnetz und die hier geleistete Arbeit findet er im Interesse der Schüler*innen und Jugendlichen sehr sinnvoll und wichtig. Das würden auch die Erfolge zeigen. Wenn man die Vorgehensweise genau verfolge, trägt sie auch bei jungen Menschen zu einer guten Verhaltensweise und auch Charakterbildung bei. Dies allein sei schon eine Unterstützung des Kunstnetzes wert, aber sie müsse bezahlbar sein. Die andere Seite sei, dass er die Ausweitung in Form von Angeboten für Eltern und über den Landkreis hinaus in Frage stelle. Er betont, dass die Unterstützung der Maßnahme für Kinder und Jugendliche greife, möchte aber betonen, dass er eine Ausweitung nicht unterstützen werde.

Landrat Scherf sagt, dass dies die Diskussion über Zielgruppen sei, weil der Ausschuss bisher mehrheitlich gesagt habe, dass die Arbeit an den Kindern und Jugendlichen erfolgen solle.

Kreisrätin Fecher möchte auch nochmals wissen, was ein unkorrekter Abschluss beinhalte. Sie möchte gerne einen Anhaltspunkt, was damit gemeint sei.

Landrat Scherf entgegnet, dass er nie von einem unkorrekten Abschluss gesprochen habe. Über alles Weitere werde nichtöffentlich beraten.

Kreisrätin Kreuzer sagt, dass keiner die Arbeit des Kunstnetzes in Frage stellen wolle. Ihre Probleme habe sie mit der Ausweitung. Eine Veranstaltung sei z.B. in Leipzig gewesen. Sie findet auch, dass die Ausweitung auf die Erwachsenenbildung mit Mehrkosten verbunden sei. Der Kreistag habe das Recht zu sagen, dass Frau Leuner den Plan des Kunstnetzes vorstelle. Dies sei bei einer Ausschreibung dasselbe. Man müsse vorher wissen, welche Kosten auf einen zukommen. Der von Landrat Scherf vorgeschlagene Weg sei gut, im Herbst noch einmal darüber zu diskutieren und mit dem Kreistag dann die Sache abschließen. Es werde sich keiner verwehren, aber man möchte schon wissen, welche Kosten auf den Landkreis zukommen. Sie als Kreisrätin müsse es auch bei ihren Bürger*innen im Landkreis vertreten.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 6:

Erhöhung Kulturhaushalt 2017 (Kunstnetz)

Frau Fleischmann erklärt, dass Projekte des Kunstnetzes u.a. mit Zuschüssen des Bezirks Unterfranken finanziert werden. In den letzten Jahren wurde hierfür eine Summe von bis zu 20.000 €, max. 53 % der zuwendungsfähigen Kosten gewährt. Der Betrag wird in zwei Etappen ausgezahlt, eine zu Beginn, der zweite Teil erfolgt nach Prüfung des Verwendungsnachweises, mit dem auch darüber entschieden wird, ob die volle Summe ausgezahlt wird.

In den letzten Jahren ist die Zahl der Projekte immer weiter gestiegen, so dass bereits eine Höchstförderung eines einzelnen Projektes auf 2.500 € eingeführt wurde. Im Jahr 2017 ist die Anzahl der Projekte erneut gestiegen. Dies führt zu dem Ergebnis, dass die für 2017 zugesagte Summe von 20.000 € vom Bezirk nicht ausreicht. Um die Mehrausgaben für die Projekte decken zu können, ohne die Unterstützung kürzen zu müssen, fehlen ca. 15.000 €. Es wird versucht, diese Summe mit Mehreinnahmen durch Spenden, Einnahmen und Ausgaben im Kulturbereich zu verringern. Dennoch ist eine Überschreitung des Budgets möglich. Eine Deckungsfähigkeit ist aber durch den Gesamthaushalt gewährleistet.

Die Ausgaben für das Kunstnetz im Jahr 2018 sind zurzeit noch nicht absehbar, da diese von den Projektanträgen abhängen. Durch Kürzung der Höchstsumme oder eine begrenzte Projektanzahl, kann Mehrausgaben entgegengewirkt werden. Damit wäre die künstlerische Arbeit allerdings eingeschränkt. Durch eine zukünftige Beschlussfassung zu den Ausgaben des Kunstnetzes könnte die Summe entsprechend angepasst und die Kinder- und Jugendarbeit im künstlerischen Bereich weiterhin ausführlich gefördert werden.

Landrat Scherf fügt hinzu, dass für den Kulturhaushalt die sogenannte rote Ampel gezeigt werde.

Landrat Scherfs Grundsatz von Transparenz und Fairness findet Kreisrat Dr. Linduschka gut, aber wenn man von angeblich 15.000 Euro rede und immer wieder die über 300.000 Euro vom Kulturretat ins Spiel komme, dann müsse man fairerweise sagen, dass nach Angaben von Frau Erfurth in den letzten drei-vier Jahren die durchschnittlichen Kosten, die auf den Landkreis durch das Kunstnetz zugekommen seien, bei unter 6.000 Euro gelegen hätten. Wenn man höre, was das Kunstnetz dafür mache, müsse man das richtig einordnen. Es sei ein Grund mehr zu sagen, dass es eine Gruppe geben müsse, die die Dinge im Vorfeld berate. Hier gehe viel durcheinander. Es entstehe der Eindruck durch die Verhandlungen, dass es um völlig andere Beträge gehe.

Landrat Scherf antwortet, dass er nichts dramatisieren wolle. Momentan zeichne sich allerdings ab, dass 15.000 Euro mehr gebraucht würden.

Kreisrat Stappel entscheidet ohne Vorstellung der Projekte und Kosten nichts. Für ihn seien die Zahlen die Grundlage.

Landrat Scherf sagt zu, dass dem Ausschuss im Herbst alles detaillierter dargestellt werde.

Kreisrätin Passow sagt, dass das Kunstnetz gar nicht genug gewürdigt werden könne, weil hier ein direktes Ergebnis für alle Beteiligten zu sehen sei. Ihrer Meinung nach werde oft mit verschiedenem Maß gemessen. Der Vorschlag von Kreisrat Dr. Linduschka, einen Beirat einzurichten, solle angenommen werden. Sie stört es, dass das Kunstnetz zerredet werde. Das Geld sei dafür sinnvoll ausgegeben. Trotzdem sollten die Zielgruppen beachtet werden.

Landrat Scherf teilt mit allen die große Wertschätzung für das Kunstnetz.

Kreisrat Frey betont, dass der Kreis selten Gelegenheit habe, für so wenig Geld so viel Leistung zu bekommen.

Kreisrat Schmid zeigt sich über die Diskussion irritiert. Alle seien sich einig. Es stehe nur die Frage im Raum, ob die 15.000 Euro ausgegeben werden sollten oder nicht. Er ist dafür.

Landrat Scherf fasst zusammen, dass der Ausschuss den Mehrausgaben von ca. 15.000 Euro zustimme. In Zukunft werde das Kunstnetz dem Ausschuss im Herbst das kommende Jahresprogramm vorstellen. Der Ausschuss werde dann einen Empfehlungsbeschluss fassen, damit dieser in die Haushaltsberatungen mit einfließen könne. Der Wunsch nach einer intensiveren Begleitung z.B. durch einen Beirat sei vorhanden.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 7:

Anfragen

Kreisrat Dr. Linduschka informiert, dass die Premiere von „Der Sturm“ am heutigen Abend wegen des Sturms nicht auf der Mildenburg, sondern im Alten Rathaus stattfindet.

Landrat Scherf gibt bekannt, dass die 0,5-Stelle Sachbearbeitung „Bayerische Ehrenamtskarte“, welche die auf ein Jahr befristete Vollzeitstelle Projekt „Einführung der Bayerischen Ehrenamtskarte“ ablöse, mit Wirkung vom 10. Juli 2017 intern von Frau Nadja Schillikowski besetzt werde.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

gez.

Scherf
Vorsitzender

gez.

Zipf-Heim
Schriftführerin